

Smarte Spalter

Die AfD zwischen Bewegung und Parlament

Wolfgang Schroeder / Bernhard Weßels (Hg.)



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0552-2

Copyright © 2019 by
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlag: Hermann Brandner, Köln
Satz: Jens Marquardt, Bonn
Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2019

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

9 Einleitung

Rechtspopulistische Landnahme in der Öffentlichkeit, im Elektorat und in den Parlamenten

Wolfgang Schroeder und Bernhard Weßels

44 Kapitel 1

Wer sind die AfD-Wähler*innen? Metamorphosen einer Partei als Basis ihres Erfolges

Reinhold Melcher

67 Kapitel 2

Zwischen Euro- und »Flüchtlingskrise«: Ideologie und Sachfrageinstellungen der AfD-Wähler*innen

Aiko Wagner

81 Kapitel 3

Nicht ich, sondern wir! Gruppenbezogene Unzufriedenheit als zentrales Bindeglied zwischen populistischen Einstellungen und Wahlpotenzial für die AfD

*Heiko Giebler, Magdalena Hirsch, Benjamin Schürmann,
Niklas Stoll, Susanne Veit*

- 105 Kapitel 4**
Elektorale Bedrohung für und durch wen?
Die AfD im Wähler*innenwettbewerb
Aiko Wagner und Josephine Lichteblau
- 122 Kapitel 5**
Rechts der anderen: Themen und Positionen der AfD
im Parteienwettbewerb
Pola Lehmann, Theres Matthieß, Sven Regel
- 144 Kapitel 6**
Die AfD-Programmatik auf Landesebene –
Immer das Gleiche?
Pola Lehmann, Theres Matthieß, Sven Regel
- 157 Kapitel 7**
Wer ist die AfD? Profil der Kandidat*innenschaft
Bernhard Weißels
- 170 Kapitel 8**
Eine echte Alternative? Politische Positionen der
AfD-Kandidat*innenschaft im Vergleich
Heiko Giebler
- 200 Kapitel 9**
Alternativer Wahlkampf? Social Media und individuelle
Kandidat*innenkampagnen
Reinhold Melcher
- 221 Kapitel 10**
Die AfD als Provokateur: Metamorphosen einer Partei
zwischen Parlament und Bewegung
Wolfgang Schroeder, Bernhard Weißels und Philippe Joly

257 Abschließende Thesen

Wolfgang Schroeder und Bernhard Weßels

Anhang

269 *Abbildungsverzeichnis*

272 *Tabellenverzeichnis*

274 *Literatur*

291 *Die Autor*innen*

Einleitung

Rechtspopulistische Landnahme in der Öffentlichkeit, im Elektorat und in den Parlamenten

Wolfgang Schroeder und Bernhard Weißels

1. Metamorphosen: Von der euroskeptischen zur rechtspopulistischen Partei

Die AfD ist ein Rätsel, dessen Auflösung sich dieser Band zum Ziel gesetzt hat. Als mehrdimensionales Phänomen ist die Entstehung und Entwicklung der Partei Alternative für Deutschland auf unterschiedliche Kausalzusammenhänge und Konstellationen zurückzuführen. Sie ist Teil einer sich verändernden politischen Konstellation, in der sich Politikinteresse, Protestverhalten und Parteien neu ordnen. Im Zentrum der wissenschaftlichen Debatte stehen Überlegungen, die die AfD als Phänomen der Modernisierungsverlierer*innen oder als Ausdruck einer neuen gesellschaftlichen Spaltungslinie identifizieren, welche auf den tiefgreifenden Konflikt zwischen Kosmopolitismus contra Kommunitarismus zurückgehe. Im Hinblick auf die AfD-Anhänger*innenschaft lässt sich der Zulauf zu dieser Partei vor allem so erklären: erstens als Folge einer weit verbreiteten Verunsicherung, bei der sich die negativen Folgen der wirtschaftlichen und technologischen Globalisierung sowie die Angst vor Fremden in einer diffusen Melange verbinden, die durch eine neue Politik der Emotionalisierung beantwortet wird. Zweitens dadurch, dass die Partei diese emotionalisierte Herangehensweise an die behaupteten und zum Teil auch selbst erzeugten Ängste dazu nutzt, um einen

Rückzug auf die Interessen der deutschen Bevölkerung zu propagieren. Dabei wird die Europäische Union zum Irrweg erklärt, dem die AfD ein nationalistisch aufgeladenes Verständnis der Schutzmacht des nationalen Staates gegenübergestellt.

Um welche Partei es sich bei der AfD wirklich handelt, ist gleichwohl sehr umstritten. So fällt die Antwort auf diese Frage auch in Abhängigkeit vom Zeitpunkt, den Themen und der regionalen Ausprägung der AfD unterschiedlich aus. Jedenfalls mangelt es nicht an unterschiedlichen Etiketten, die der AfD angeheftet werden: Anti-Systempartei, liberal-konservative Partei der bürgerlichen Mitte, deutsch-nationale Patrioten, rechtsextrem, rechtspopulistisch, fremdenfeindlich, autoritär, Anti-Establishment, Gegner der »Lügenpresse«, Partei der Modernisierungsverlierer, Partei des Zorns, ein Chamäleon, die rechte Alternative zur Union oder gar anti-autoritär. Manche dieser Etiketten beansprucht sie selbst für sich.

In diesem Buch wird die AfD als rechtspopulistische Partei verstanden, die die Gesellschaft weiter spaltet (»Smarte Spalter«) und das politische System polarisiert. Werden keine politischen und gesellschaftlichen Gegenmittel gefunden, ist der demokratische Grundkonsens, der die Bundesrepublik über Jahrzehnte gekennzeichnet hat, gefährdet. Begründet ist diese Einschätzung der AfD in ihrer antipluralistischen Konzeption von Gesellschaft, die sowohl eine Polarisierung zwischen Bevölkerung und Establishment als auch zwischen der deutschen und der nichtdeutschen Bevölkerung ins Zentrum ihrer Ideen- und Ordnungswelt rückt. Sah es anfangs so aus, als sei sie eine Partei, die allein aus dem Anti-EU-Thema ihre Kraft zieht, so haben ihre Wandlungen nunmehr zu einer Partei geführt, die verschiedene Politikfelder eindimensional verbindet und entsprechende Thematiken in der von ihr gewohnten Art und Weise emotionalisiert und radikalisiert, sei es die Europa-, Migrations- oder Sicherheitspolitik, aber auch eine konservative Familien- und Gesellschaftspolitik. Insofern erhebt die AfD den Anspruch, für einen Teil der Bevölkerung eine Repräsentationslücke zu schließen. Zwar ist es ihr gelungen, sich schneller und nachhaltiger im Parteienwettbewerb zu verankern

als anderen neu gegründeten Parteien wie beispielsweise den Piraten. Gleichwohl handelt es sich um eine junge Partei, deren Profil sich in kurzer Zeit bereits durch vielfältige Metamorphosen verändert hat und weiter verändern wird. Bei den dabei zu beobachtenden Schwierigkeiten, Niederlagen und Lernprozessen erinnert sie in mancher Hinsicht auch an die frühen Grünen und deren Begegnungen mit dem Parlamentarismus. Um sich dem Rätsel einer neu gebildeten, rechtspopulistischen Partei zu nähern, möchte dieser Einleitungstext sowohl unser Forschungsinteresse an der AfD erläutern, als auch eine erste Annäherung an das parlamentarische Bild dieser Partei geben.

2. Das Interesse an der AfD aus Interesse an den gesellschaftlich-politischen Widersprüchen

Täglich erregt die AfD Widerspruch, verärgert und beleidigt Menschen – sie polarisiert. Ihre systemsprengenden Alternativen zum gesellschaftlichen Status quo bleiben nicht ungehört, im Gegenteil. Und dies gilt nicht nur mit Blick auf ihre selbstgestrickte Utopie einer homogenen deutschen Gesellschaft. Sie bewegt Themen immer in Bereichen, die geeignet sind, Ängste und Befürchtungen zu schüren und zu emotionalisieren. Sie knüpft an polarisierbare Interessen und Gefühlslagen an, beispielsweise in der Klima- und Dieselfrage. Dabei versteht sie sich meist als die einzige echte Oppositionskraft und einzige Vertreterin eines homogenen Volkswillens.

Es ist vermutlich ein Verdienst der AfD, dass sie die schon längst gespaltene deutsche Gesellschaft zwingt, sich intensiver mit sich selbst und ihren Lebenslügen und Widersprüchen zu befassen. In manchen Themenbereichen versucht die AfD den Eindruck zu vermitteln, sie würde Repräsentationslücken schließen und politische Alternativen anbieten. Auf jeden Fall profitiert die Partei einerseits von der neuen Ungeduld, dem neuen Zorn in Teilen der Gesellschaft; andererseits trägt sie selbst seit einigen Jahren dazu bei, die Politikverdrossenen wieder im

Kontext des politischen Systems zu mobilisieren, das Interesse an öffentlichen Diskursen anzuregen und die Wahlbeteiligung zu steigern. Zugleich wird durch ihre Präsenz und ihre Interventionen nicht nur der parlamentarische Parteienwettbewerb komplexer und das Ringen um Kompromisse schwieriger, sondern sie trägt mit ihren vermeintlichen Rezepten zur Problemlösung tatsächlich zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft bei. Insofern ist die AfD einerseits Ausdruck gegenwärtiger, tiefer gesellschaftlicher Widersprüche und Übergänge, womit sie an damit ausgelöste Unzufriedenheit und Benachteiligung in Teilen der Bevölkerung anknüpfen kann; andererseits erscheint sie durch ihre antipluralistischen Versatzstücke immer wieder als systemsprengendes, demokratiegefährdendes Sammelbecken, das die verfassungsmäßigen Grundlagen des Systems mit reaktionären Inhalten (anti-egalitär, ethnonationalistische Agenda, Anti-Gender, gegen kulturellen Pluralismus sowie universelle Menschen- und Grundrechte) und populistischen Praktiken zu torpedieren versucht. Die ihr eigene Ambivalenz besteht also darin, dass sie bestimmte Themen auf die Tagesordnung setzt, die bisher zu wenig öffentlich diskutiert oder von der etablierten Politik gemieden wurden, und zugleich mit ihren Positionen die Axt an die Wurzeln der Demokratie legt.

Offensichtlich ist, dass die kampagnenförmig angelegten und zugleich stimmungsgeladenen Initiativen der AfD gegen das politische Establishment und gegen Migrant*innen sowie Minderheiten gerichtet sind. In Gänze ist sie (noch) keine rechtsextreme Partei, wenngleich ihrerseits Verbindungen in diese Netzwerke gepflegt werden und der AfD im Zeitverlauf eine klare Abgrenzung von rechtsextremen Akteur*innen immer schwerer fällt. Wenn sie aber keine rechtsextreme Partei ist, die in die Fußstapfen der NSDAP tritt, ist sie dann einfach eine CDU vor ihrer Modernisierung durch Heiner Geißler und Angela Merkel – oder ist sie etwas Drittes? Und wenn ja, was ist dieses Dritte?

Diese Studie über die AfD befasst sich also nicht nur mit einer Partei und dem Parteiensystem, sondern auch mit den Widersprüchen von Politik und Gesellschaft sowie mit der Art und Weise, wie diese aufgegrif-

fen und bearbeitet werden. Dabei sind wir immer wieder mit der Frage konfrontiert, ob und inwieweit wir es hier mit einem deutschen Sonderweg zu tun haben oder ob die Verhältnisse denen in anderen OECD-Ländern gleichen. Denn rechtspopulistische Parteien sind in den meisten europäischen Ländern nicht nur bereits seit Längerem eine feste Größe in den nationalen Parlamenten, sondern auch Teil von Regierungskoalitionen. Dagegen wurde dem Rechtspopulismus in Deutschland selbst in der Forschung keine Chance auf eine erfolgreiche Parlamentarisierung eingeräumt (Bornschiefer 2012). Vielmehr ist für die Bundesrepublik die »Chancenlosigkeit des Populismus« (Decker 2004: 147) konstatiert worden. Dagegen sprächen die deutsche Schuldgeschichte und die vergleichsweise liberale Innenausstattung dieser Republik. Jedenfalls habe der Rechtspopulismus keine »moderne« Form, um gesellschaftlich für größere Gruppen anschlussfähig zu sein. Zudem gebe es auch keine charismatischen, massentauglichen »Führer«¹. Schließlich sei dieses Land mit geringer Arbeitslosigkeit, einem beachtlichen Wohlstandsniveau und einer leistungsfähigen Sozialpolitik zu erfolgreich, um anfällig für rechtspopulistische Alternativen zu sein. Hinzu kämen die allseits bekannten inneren Widersprüche und Streitzone innerhalb des rechten Lagers. Und nicht zuletzt bestünden durch das anspruchsvolle deutsche Parteiengesetz, Verfassungsschutz und Rechnungshöfe hinreichend starke staatliche Schutzinstrumente, um den Aufstieg und die Etablierung rechtspopulistischer Parteien zu erschweren, wenn nicht gar zu verhindern.

Mit den wahlpolitischen Erfolgen der AfD scheint dies alles nunmehr widerlegt, und eine Neubewertung des (rechts)populistischen Potenzials ist angezeigt. Die AfD hat mit ihrem bipolar ausgerichteten Politikverständnis und ihrer entsprechenden Praxis der emotionalisierenden Polarisierung nicht nur tiefe Spuren im Parteiensystem hinterlassen, sondern ihr Wirken knüpft an relativ weitreichende Strukturveränderungen in Gesellschaft und Politik an. Wir sehen in der AfD insofern eine bipolar

1 Die Rolle des Charismas im Populismus ist mitunter umstritten (siehe Priester 2012).

ausgerichtete Partei, die gegen wichtige Elemente der demokratischen Moderne revoltiert und zugleich Repräsentationslücken im parteipolitischen System zu füllen beansprucht; ihre Wähler*innenschaft und Mitglieder begegnen den herrschenden Verhältnissen mit Zorn. Dreh- und Angelpunkt zum besseren Verständnis des Phänomens AfD sind also die gesellschaftlichen Widersprüche, die sie pointierter aufgreift und polarisierender formuliert, als es ihren parteipolitischen Mitbewerbern lieb ist. Mit ihrer anti-egalitären, rückwärtsgewandten Utopie treibt die AfD die gesellschaftliche Spaltung weiter voran, so die gängige Lesart. Wir wollen dies überprüfen, indem wir die AfD als ein gesellschaftliches Phänomen begreifen, das im Parteienwettbewerb aktuell für die zentralen ungelösten Fragen einer sich globalisierenden Moderne steht.

Trotz einer mittlerweile kaum noch überschaubaren Literaturlage ist das vielschichtige Phänomen AfD weder vollständig verstanden, noch ist seine Einordnung hinreichend plausibel. Gerade weil wir es eher mit einem Rätsel zu tun haben, das bislang schon viel Raum für essayistische Spekulationen bietet, setzen wir einen empirischen Kontrapunkt: In den Beiträgen dieses Buches klopfen wir die wichtigsten Fragen und Antworten zur AfD – also zu ihren Wähler*innen, Politiker*innen und ihrer politischen Praxis – auf ihre empirische Evidenz ab. Dabei können wir an viele wissenschaftliche Studien anknüpfen, die im Zuge der AfD-Wahlerfolge entstanden sind. Es gibt vor allem Studien zu ihrer Programmatik (Hartleb 2014), Parteientwicklung (Häusler 2016), zu ihrem Verhältnis zu den Medien (Gäbler 2017), zu ihren Wähler*innenmilieus (Lengfeld 2017; Niedermayer und Hofrichter 2016; Lewandowsky et al. 2016) und nicht zuletzt zu der Arbeit der Partei in den Landesparlamenten und im Bundestag (Schroeder et al. 2017; Butterwege 2018; Ruhose 2018). Einerseits geht es in diesen Studien um Grund- und Detailfragen des Phänomens AfD; andererseits geht es immer auch um ein tieferes Verständnis vom Wandel des deutschen Parteiensystems. Ziel ist es, ein Bild zu entwickeln, das dem Phänomen der »smarten Spalterin« AfD näher kommt, um es besser zu verstehen und einen Beitrag zu dessen Ent-rätselung zu leisten.

3. Entstehung, Aufbau und Entwicklung der AfD

Rückblickend könnte man sagen, die Entwicklung der AfD als rechtspopulistische Erfolgspartei begann mit einem »Trick«. Sie gründete sich nämlich zunächst als konservativ-liberale Partei, in deren Zentrum euroskeptische Positionen standen. Zugleich bezog sie sich positiv auf die nationale Souveränität, die es zu fördern gelte. Damit war für den Eintritt einer neuen Partei in den Parteienwettbewerb die Hemmschwelle viel niedriger, als wenn sie von Anfang an als rechtspopulistische Partei angetreten wäre. Am Anfang standen also Kritik, Ängste und Ressentiments gegenüber der EU-Rettungspolitik für Griechenland, die als Verstoß gegen die vitalen Interessen der deutschen Steuerzahler*innen gesehen wurden. Diese Debatten in Erinnerung zu rufen ist deshalb wichtig, weil ganz unterschiedliche Prozesse dazu führen können, dass neue Parteien entstehen. Eine neue Partei kann sich als ein Zusammenschluss etablierter Parteien gründen, sie kann sich abspalten, indem einzelne Personen aus einer bestehenden Partei austreten, oder die Neugründung kann sich als Transformation einer sozialen Bewegung in eine neue Partei vollziehen. Dass Derartiges erfolgreich gelingt, setzt eine Lücke im politischen Angebot voraus, für die es eine Nachfrage gibt. Die Angebotslücke im deutschen Parteiensystem waren europakritische Positionen, die mit der Finanz- und Eurokrise auch eine deutliche Nachfrage in der Bevölkerung fanden. Daneben sind aber auch Proteste gegen den gesellschaftlichen und ökonomischen Status quo zu berücksichtigen (beispielsweise von Anhänger*innen der Sarrazin-Debatten). Entscheidend für den Erfolg waren schließlich Übertritte von Politiker*innen aus den etablierten Parteien. (Decker 2016: 14)

Am 14. April 2013 (fünf Monate vor der Bundestagswahl 2013) wurde die AfD als euroskeptische Partei in Oberursel, einer kleinen Stadt in der Nähe von Frankfurt/Main, gegründet. Mit ihrer euroskeptischen Perspektive suchte sie eine thematische Repräsentationslücke zu schließen und knüpfte damit an diverse Vorgängeraktivitäten und -organisationen an, die weit in die 1990er Jahre zurückreichten. Ein wesentlicher

Strang führt nach Bayern: Nach einer erfolglosen Klage gegen die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung vor dem Bundesverfassungsgericht im Oktober 1993 entschied sich eine Gruppe von Euro-Gegner*innen um den früheren bayerischen FDP-Vorsitzenden Manfred Brunner, den Widerstand politisch fortzusetzen und die Partei »Bund Freier Bürger« (BFB) zu gründen. Diese Partei bettete ihre Kritik an der europäischen Einheitswährung in ein weiter gefasstes, rechtspopulistisches Konzept. Mit diesen Gruppen und zur AfD verbindet sich jedoch nicht nur eine thematische (Euro) und diskursive (Populismus) Kontinuität, sondern auch eine personelle. So gehörte beispielsweise der Tübinger Wirtschaftsprofessor Joachim Starbatty, der einer der Kläger gegen den Maastricht-Vertrag war und sich 1994 für kurze Zeit als stellvertretender Bundesvorsitzender des BFB engagierte, im September 2012 zu den Gründungsmitgliedern der u. a. von Bernd Lucke, Konrad Adam und Alexander Gauland ins Leben gerufenen "Wahlalternative 2013", aus der kurz darauf die AfD hervorging.

Die AfD ist das Ergebnis eines circa drei Jahre währenden, offenen Vorbereitungsprozesses, der im Kern zwar eine Reaktion auf die Maßnahmen zur Bekämpfung der europäischen Währungskrise war, gleichzeitig aber weit darüber hinaus reichte. Ausgangspunkt war der 25. März 2010 (Niedermayer 2014: 177). An diesem Tag stimmte der EU-Gipfel dem ersten Rettungspaket für Griechenland zu. Im sich anschließenden Diskurs betonte die Kanzlerin immer wieder die »Alternativlosigkeit« (Merkel 2010) dieses Vorgehens. Im Herbst 2010 rief der spätere AfD-Gründer und Vorsitzende Bernd Lucke das »Plenum der Ökonomen« ins Leben, dessen eurokritische Appelle allerdings nicht über die Grenzen der Fachöffentlichkeit hinausreichten. Schubkraft erfuhr der Protest der Ökonomen erst im Jahr 2011 mit der sich abzeichnenden Verstetigung der Rettungspolitik und der Einführung des Euro-Rettungsschirms ESM. Dieses Vorgehen war auch bei den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP nicht unumstritten, und der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler strengte sogar ein Mitgliederbegehren innerhalb der FDP dagegen an, was schließlich knapp scheiterte. Doch nachdem sich die Ret-

tungsschirmpolitik etabliert hatte, war der Weg geebnet für weitere außerparlamentarische Aktivitäten wie auch für eine eigenständige Parteigründung, die sich diesem Thema verpflichtete.

Mitte 2012 formierte sich die überparteiliche Sammlungsbewegung »Bündnis Bürgerwille«, die sich gegen die deutsche Europolitik richtete. Getragen wurde sie von dem Hamburger Universitätsprofessor Bernd Lucke, dem ehemaligen BDI-Vorsitzenden Hans-Olaf Henkel sowie von Beatrix von Storch. Die »Hayek-Gesellschaft«, die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« sowie das von Beatrix von Storch initiierte fundamental-christliche Kampagnennetzwerk »Zivile Koalition« wirkten damals in eine ähnliche Richtung. Nicht zu vergessen ist bei den Ursprüngen der AfD aber auch der »Nährboden«, den Thilo Sarrazin seit 2010 mit seinen Büchern legte, in denen er das angebliche Scheitern der deutschen Einwanderungs- und Integrationspolitik in schrillen Farben ausmalte. Als Akteur*innen des »gesunden Menschenverstandes« – ein zentrales Narrativ nahezu aller rechten Parteien (Mudde 2004: 547) – richteten die verschiedenen Initiativen ihren Protest gegen das Establishment. Von dieser Position aus schien es kein großer Sprung mehr zu sein, sich als Partei zu etablieren, um den Protest von Menschen zu artikulieren, deren Stimme bislang nicht oder kaum gehört wurde. Der entscheidende Schritt zur Parteigründung erfolgte mit der von Lucke, Adam und Gauland lancierten »Wahlalternative 2013«, die für die Bundestagswahl 2013 zunächst eine Zusammenarbeit mit den »Freien Wählern« vorsah. Da aber bei der Landtagswahl in Niedersachsen mit der Wahlalternative nicht der gewünschte Erfolg erreicht wurde, schritt man direkt zur Gründung der Alternative für Deutschland, die in diesem Sinne als originäre parteipolitische Neuschöpfung zu verstehen ist.

Bereits in der Gründungskonstellation waren also auch Ideen mit an Bord, die insbesondere in den Themenfeldern Zuwanderung, Migration und einer revisionistischen Deutung der deutschen Geschichte akteursbezogen den Schulterschluss mit rechten bis rechtsextremen Kräften ermöglichten. Auch in der Partei selbst gab es diese Akteur*innen. Selbst wenn sie noch nicht in der ersten Reihe standen und von der damaligen

Spitze kritisch beäugt wurden, so wirkten sie schon damals mit und warteten auf ihre Chance. Nachfrageseitig schreibt Frank Decker über die Wählermotivation 2013, dass schon damals »die kritische Haltung der Wähler gegenüber der Zuwanderung ein stärkeres Motiv für die Wahl der AfD abgab als deren euroskeptische Positionen, die im Mittelpunkt des Wahlprogramms standen« (Decker 2016: 18). Spätestens Anfang 2015 zeichnete sich ab, dass die mehrheitlich aus Gemäßigten bestehende Parteiführung den Rückhalt bei der Mehrheit der Funktionäre und Mitglieder verlieren könnte. Lucke versuchte nunmehr durch eine Satzungsänderung die Kontrolle zurückzugewinnen: danach sollte die AfD nach einer kurzen Übergangsphase nur noch von einem Vorsitzenden – nämlich von ihm selbst – geführt werden. Obwohl ihm der Bremer Parteitag bei diesem Ansinnen Ende Januar 2015 noch folgte, konnte er den innerparteilichen Machtkampf nicht mehr gewinnen, vielmehr forcierte er damit den Prozess der inneren Radikalisierung.

Schon vor der sogenannten »Flüchtlingskrise« kam es zu einem sich dramatisch zuspitzenden Führungskampf um die zukünftige Ausrichtung der AfD. Einen wichtigen Markstein bildete hierbei die im März 2015 unter Führung von Björn Höcke veröffentlichte »Erfurter Erklärung«. Damit trat der rechte Flügel erstmals ins Rampenlicht, um öffentlich eigene innerparteiliche Ansprüche in der AfD anzumelden. Ziel war es, die AfD als Widerstandsbewegung gegen den Status quo zu etablieren, um »nicht zu einer technokratisch ausgerichteten Partei« zu werden, sondern »eine grundsätzliche politische Wende in Deutschland« zu befördern (Bender 2017: 102). Der Essener Parteitag am ersten Juliwochenende im Jahr 2015 »versinnbildlichte (...) den Rechtsruck der Partei« (Häusler und Roeser 2015: 125) vollends. Dieser Rechtsruck war von Anfang an sehr stark durch die ostdeutschen Landesverbände geprägt, die sich 2014 durch ihre Wahlerfolge in den drei östlichen Bundesländern legitimiert sahen, den Kurs der AfD maßgeblich zu bestimmen. Die vielfältigen, zuweilen außerordentlich hart geführten innerparteilichen Querelen sind einerseits eine eher zwangsläufige Begleiterscheinung einer noch jungen, im raschen Aufbau begriffenen Partei, deren Personal